

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landeshauptmann Thomas Stelzer

und

Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger

und

Klubobmann Herwig Mahr

am 8. Februar 2019

zum Thema

**"Ausbau der Pflegeausbildung in den
Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen und
Präsentation eines weiteren Schrittes zur Stärkung der
Pflegeversorgung"**

Weitere Gesprächsteilnehmer:
Landesschulinspektor Johann Plakolm
Fachinspektorin DI Veronika Schnetzinger

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Zwei zentrale Maßnahmen für eine Stärkung der Pflege:

1. Ausbau der Pflegeausbildung in den Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen
2. 95 % Gehaltsdeckel im ersten Jahr fällt - 100 Prozent des Verdienstes ab dem ersten Tag für Pflegekräfte, aber auch für alle anderen Landes- bzw. Gemeindebedienstete.

Die Absicherung der Pflege gehört zu den zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaft. **Alleine bis 2025 werden in Oberösterreich 1.600 zusätzliche Pflegekräfte gebraucht.** *„Um ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal und vor allem mehr junge Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen, hat das Land OÖ eine Ausbildungsoffensive gestartet. Wir wollen hier alle Möglichkeiten ausschöpfen und neue Wege gehen. Denn in Oberösterreich müssen beste Pflege und ein Altern in Würde weiterhin gesichert sein“*, sagt **Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer**. Einer dieser neuen Wege und Maßnahmen ist die Öffnung der Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen (LWBFS) für Pflegeausbildungen – ein österreichweit einzigartiges Pilotprojekt!

„Mit dem Modell können wir für junge Menschen eine Brücke in die Pflege bauen, da wir die Ausbildungslücke schließen. Vor allem bringen wir mit der Maßnahme auch Ausbildungsmöglichkeiten und Chancen in die Regionen. Pflege muss vom Mangelberuf wieder zum Traumberuf werden, denn wir werden künftig jede helfende Hand in der Pflege brauchen“, sagt **Landeshauptmann Stelzer**.

Weitere zentrale Maßnahmen im Bereich der Pflege für OÖ:

- Durch den vehementen Einsatz aus Oberösterreich ist es gelungen, das **Fachkräftestipendium** für Pflegeberufe einerseits zu **verlängern**, (dieses wäre im Dezember 2018 ausgelaufen) andererseits **auf die Berufe unter anderem Pflegeassistent, Pflegefachassistent und auf den in Oberösterreich spezifischen „Fachsozialbetreuer Altenarbeit“ auszuweiten**. In Oberösterreich fallen rund 65 Prozent des Heimpersonals und

rund 50 Prozent des Personals bei den mobilen Diensten unter die Berufsgruppe Fachsozialbetreuer Altenarbeit (FSB-A).

- **Mobile Pflegedienste wurden in Oberösterreich für Pflegeassistenten geöffnet.** Die Vorteile:
 - Wiedereinsteiger oder Umsteiger erhalten mehr Berufsmöglichkeiten
 - die Durchlässigkeit zum Gesundheitssystem wird erhöht
 - Fachsozialbetreuer Altenarbeit werden durch Nachbesetzung offener Stellen, die derzeit nicht besetzt werden können, entlastet. Alle anderen Bundesländer setzen Pflegeassistenten bereits erfolgreich im mobilen Bereich ein. Bis dato war der Einsatz von Pflegeassistenten (PA; einjährige Ausbildung) weder im mobilen noch im stationären Bereich in Oberösterreich möglich.

- Darüber hinaus wird es heuer einen **besonderen Schwerpunkt in der Arbeitsmarktstrategie im Bereich der Pflege** geben. Bereits 2018 wurden hier insgesamt 600 Ausbildungsplätze für Fachsozialbetreuer FSB-A und diplomiertes Personal gefördert.

Aktuelle Situation der Pflegeausbildung in den LWBFS

In sieben der bestehenden 15 Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen können die Schülerinnen und Schüler **bereits jetzt** in der Fachrichtung Ländliches Betriebs- und Haushaltsmanagement den **Ausbildungsschwerpunkt Gesundheit und soziale Berufe wählen**. Im Rahmen dieses Ausbildungsschwerpunktes im zweiten und dritten Jahrgang lernen die Schülerinnen und Schüler unter anderem die erforderlichen Pflegemaßnahmen für alte Menschen. Diese Grundausbildung dient als direkter Einstieg in die Bereiche aller Pflege- und Sozialberufe. 576 Unterrichtseinheiten Theorie und 720 Unterrichtseinheiten Praxis sorgen für eine solide Basis. Der Abschluss der Ausbildung beinhaltet die Anerkennung der Heimhilfe und dem UBV (Unterstützung in der Basisversorgung). Ca. 150 Schülerinnen und Schüler wählen ab dem 2. Jahrgang diesen Ausbildungsschwerpunkt. „*Unsere*

Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen vermitteln bereits jetzt eine solide Grundausbildung für den Sozial- und Pflegebereich. Den Absolventinnen und Absolventen stehen damit auch die anschließende Berufsreifeprüfung und ein Studium offen. Auf dieser Grundlage aufzubauen und damit weitere Berufsmöglichkeiten nach dem Abschluss zu schaffen, ist effizient und sinnvoll“, erläutert Landesrat Max Hiegelsberger.

Angestrebte Organisation der Pflegeausbildung ab 2020

Mit der Umstellung des Lehrplanes und der inhaltlichen Vertiefung wird die Pflegeausbildung in den landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen nachhaltig gestärkt. Im Ausbildungsschwerpunkt „Gesundheit und Soziale Berufe“ wird nach drei Jahren LWBFS der Abschluss der Heimhilfe (Land OÖ) und des UBV (Unterstützung in der Basisversorgung, Bund) ermöglicht. Dadurch entfällt die Notwendigkeit, eine externe Abschlussprüfung für den Abschluss der Heimhilfe-Ausbildung nachzuholen. Landesrat Max Hiegelsberger zeigt sich erfreut über den Ausbau der Bildungsmöglichkeiten: *“Die Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen in Oberösterreich haben zu Recht einen guten Ruf und bieten eine ganzheitliche Ausbildung an. Mit der weiteren Spezialisierung im Bereich Pflege bieten sich für die Absolventinnen und Absolventen zusätzliche berufliche Möglichkeiten und die Schulen werden als Bildungsanbieter im ländlichen Raum gestärkt.“*

“Mit dieser neuen Ausbildungsform ermöglichen wir jungen Leuten einen direkten Weg in die Pflege. Dieses Modell ist österreichweit einzigartig. Zum einen wirken wir dadurch dem steigenden Pflegebedarf der kommenden Jahre entgegen. Zum anderen geben wir Interessierten die Chance, frühzeitig ihr Potenzial im Pflegebereich zu entfalten“, ist Klubobmann Herwig Mahr von der Maßnahme überzeugt.

Mit viertem Ausbildungsjahr zur/zum Fach-Sozialbetreuerin / -betreuer

Ein viertes Ausbildungsjahr wird zusätzlich eingeführt, mit dessen Absolvierung die Ausbildung zur / zum Fach-Sozialbetreuerin / -betreuer mit dem Schwerpunkt Altenarbeit (FSB-A) abgeschlossen ist. Das Berufsbild und der Tätigkeitsbereich der Fach-Sozialbetreuung mit dem Ausbildungsschwerpunkt Altenarbeit umfasst die ganzheitliche und auf die individuellen Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmte soziale Betreuung und die Pflegeassistenz im Sinne des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes. Die Ausbildung an den LWBFS erfolgt als Sonderform in der 4. Schulstufe – Fachrichtung Ländliches Betriebs- und Haushaltsmanagement, baut auf die vorgelagerte Ausbildung des Ausbildungsschwerpunktes Gesundheit und Soziale Berufe auf und wird ganzjährig geführt.

Die Berufsausübung in der Fach-Sozialbetreuung „A“ setzt die Vollendung des 19. Lebensjahres voraus. Fach-Sozialbetreuerinnen und –betreuer „A“ sind verpflichtet, alle 2 Jahre Fortbildungen im Ausmaß von mind. 32 Stunden zu absolvieren. Dazu Landesrat Max Hiegelsberger: *„Die Landwirtschaftlichen Fachschulen ermöglichen mit der Etablierung der vierjährigen Sonderform im Ausbildungsschwerpunkt Gesundheit und Soziale Berufe die gesamte Ausbildung zur „Fach-Sozialbetreuung „A“ incl. Pflegeassistenz. Dadurch ist eine optimale Durchlässigkeit für die Schülerinnen und Schüler und eine noch profundere Ausbildung zur Berufstätigkeit im sozialen und pflegerischen Bereich gegeben.“*

Standorte und Anzahl der Ausbildungsplätze

Während der Ausbau des dreijährigen Ausbildungsschwerpunktes Gesundheit und Soziale Berufe in allen sieben LWBFS mit diesem Schwerpunkt realisiert wird, kommt das zusätzliche vierte Ausbildungsjahr in drei Schulen. Bei der Auswahl der zukünftigen Standorte für die vierjährige Ausbildung standen sowohl die räumliche Verteilung und Abdeckung des ganzen Landesgebietes im Fokus, andererseits sollten die notwendigen räumlichen Adaptionen im Rahmen bleiben.

Angeboten wird die vierjährige Pflege-Ausbildung zukünftig in den Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen Andorf, Hagenberg und Kleinraming.

Aktuell schließen jährlich rund 120 Absolventinnen und Absolventen den Ausbildungszweig „Pflege“ ab und verstärken damit die Pflege-Kompetenz im Land. *„Wie sich in Zukunft die SchülerInnen-Zahlen in der neuen Pflege-Ausbildung entwickeln werden, ist schwer vorherzusagen. Das hängt natürlich auch von der Attraktivität und dem Image des Pflegeberufs zusammen. Jährlich können in den drei ausgewählten Schulen jedenfalls 80 - 100 Schülerinnen und Schüler die vierjährige Ausbildung absolvieren. Der Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften in diesem Bereich steht außer Frage. Ich kann den jungen Menschen nur wärmstens empfehlen, über eine Karriere im Bereich Pflege nachzudenken“*, führt Landesrat Max-Hiegelsberger aus.

Zusätzliche Lehrkräfte und Finanzierungsaufwand

Für das ausgebaute Lehrangebot im Bereich Pflege sind zusätzliche Lehrkräfte in den ausgewählten Standorten notwendig. Zu erwarten sind insgesamt 1400 Unterrichtseinheiten plus Praxisbegleitung pro Lehrgang bzw. Standort. Bei drei geplanten Standorten ergibt sich dadurch ein Finanzbedarf von bis zu 400.000 Euro.

100 Prozent des Verdienstes ab dem ersten Tag – Streichung der 95 Prozent Regelung

Das Besoldungsrecht für den öffentlichen Dienst in Oberösterreich beinhaltet derzeit noch eine Regelung, wonach neu aufgenommene Mitarbeiter/innen im ersten Jahr nur 95 Prozent des ihr/ihm zustehenden Gehalts erhalten.

Diese Regelung gilt auch bei einem Wechsel zwischen verschiedenen öffentlichen Arbeitgebern oder zwischen einer Gemeinde und einem Gemeindeverband.

Der Entfall dieser Regelung soll spätestens im April im OÖ Landtag beschlossen werden. Landeshauptmann Thomas Stelzer wird dazu am Montag (11. Februar 2019) der oberösterreichischen Landesregierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Beschlussfassung vorlegen. Rückwirkend mit 1. Jänner 2019 soll dann bereits ab Antritt des Dienstverhältnisses der volle Verdienst ausbezahlt werden.

„Wir wollten neben dem Gemeindedienst, vor allem auch in der Pflege und damit gleichermaßen auch in der Landesverwaltung eine Maßnahme zur Attraktivierung setzen. In unseren Spitälern brauchen wir genauso wie in der Verwaltung die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das wollen wir bereits von Beginn an entlohnen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben ab dem Dienstantritt 100 Prozent Einsatz, daher ist es nur fair ihnen auch 100 Prozent des Lohnes zu bezahlen. Mit einer Übergangsregelung wollen wir auch jene Mitarbeiter gleichstellen, die bereits im Landesdienst arbeiten und noch unter die 95-Prozent-Regelung fallen würden“, so Landeshauptmann Mag Thomas Stelzer.

Das Land OÖ ist mit rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber in Oberösterreich (davon über 13.000 in der Gesundheitsholding und im Kepleruniklinikum). In den Krankenhäusern wurden 2018 über 1000 neue Mitarbeiter aufgenommen, in der Landesverwaltung werden jährlich knapp 500 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ein fixes Dienstverhältnis aufgenommen.

„Die Gemeinden befinden sich speziell in Oberösterreich mit seiner starken wirtschaftlichen Entwicklung im intensiven Wettbewerb um Fachkräfte. Die Abschaffung der „95-Prozent-Regelung“ kommt daher zur rechten Zeit, um die Gemeinden und Gemeindeverbände als Arbeitgeber attraktiver zu machen. Besonders wichtig ist dies auch unter dem Gesichtspunkt zunehmender Kooperationen zwischen den Gemeinden. Das Besoldungsrecht darf nicht dazu führen, dass sinnvolle Gemeinde-Kooperation aufgrund des Arbeitgeberwechsels zu Gehaltseinbußen bei den Beschäftigten führen. Die in der vorherigen Position erworbene Erfahrung zählt nunmehr auch in der neuen Anstellung. Daher sind bei einem Wechsel beispielsweise von einer Gemeinde in einen Gemeindeverband keine Gehaltseinbußen mehr zu befürchten. Die neue Regelung ist Ausdruck der Wertschätzung für die vorhandene Berufserfahrung, besonders auch wenn diese in der Privatwirtschaft erfolgt ist“, führt Gemeinde-Landesrat Max Hiegelsberger aus.

"Die Abschaffung der 95-Prozent-Regelung war längst überfällig. Das haben wir stets gefordert. Der Gesundheits- und Pflegebereich macht etwa knapp über die Hälfte aller Beschäftigten beim Land Oberösterreich aus. Um diese wertvolle Arbeit attraktiver zu gestalten, braucht es insbesondere finanzielle Anreize. Deshalb drehen wir an der Gehaltsschraube und ermöglichen volles Gehalt ab dem ersten Tag", betont Klubobmann Herwig Mahr.